



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 1.5 der öffentlichen Sitzung am 27. November 2025

Antrags-Nr. 25-F-10-0016

Haushaltsentwurf 2026 der AfD Fraktion

-Anträge der AfD-Satdtverordnetenfraktion vom 08.10.2025-

Anmeldungen über Grundbudget in EUR

EHH	FHH	INS
Verwaltung: 66.131.796	Verwaltung: 119.480.190	Verwaltung: 90.793.400
AfD: 25.272.579	AfD: 20.100.500	AfD: 58.919.600
Differenz: -40.859.217	Differenz: -99.379.690	Differenz: - 31.873.800

Liste der Mitgliedsbeiträge

Verwaltung: 2.645.630
AfD: 1.233.610
Differenz: -1.412.020

Liste der Zuschüsse

Verwaltung:
189.346.794
AfD: 138.738.080
Differenz: -50.608.714

Anträge der AfD Rathausfraktion zum Haushalt 2026:

- 1. Anpassung der Finanzwirtschaft
- 2. Streichung aller unbesetzten Stellen
- 3. Verzicht auf die Nachbesetzung freiwerdender Stellen
- 4. Streichung von zwei IM-Positionen aus dem Planansatz
- 5. Pauschale Kürzung der Aufwendungen im Haushalt
- 6. Reduzierung der Zuschüsse an die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH
- 7. Materieller Haushaltsausgleich und Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts

1. Anpassung der Finanzwirtschaft

Begründung:

Laut Schreiben des Kämmerers ist aus den Orientierungsdaten und der letzten Steuerschätzung abzuleiten, dass eine Anpassung der folgenden Erträge der Allgemeinen Finanzwirtschaft geboten ist:

Ant. Einkommensteuer	237.588.000 €	-18.088.200 €	219.499.800 €
Ant. Umsatzsteuer	45.274.300 €	+4.181.800 €	49.456.200 €
Familienlastenausgleich	14.096.700 €	+46.400 €	14.143.100 €
Schlüsselzuweisungen	318.935.650 €	+12.507.650 €	331.443.300 €
Summe		-1.352.250 €	

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

die Erträge der Allgemeinen Finanzwirtschaft sind im Planansatz um 1.352.250 Euro zu reduzieren.

2. Streichung aller unbesetzten Stellen

Begründung:

Angesichts der angespannten Haushaltslage ist etwaigem Personalbedarf in erster Linie durch Aufgabenpriorisierung und durch Umschichtung im Personalbestand zu begegnen. Laut der Genehmigung der Abweichung von den Vorgaben zum Haushaltsausgleich waren in den Ämtern zuletzt 1.200 Stellen unbesetzt. Bei angenommenen durchschnittlichen Kosten pro Vollzeitstelle von rd. 70.000 Euro (ohne Arbeitsplatzkosten, u.a.), dürfte die Streichung aller unbesetzten Stellen im Haushalt 2026 zumindest Mittel i.H.v. 84 Mio. Euro freisetzen.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

alle unbesetzten Stellen werden gestrichen. Sämtliche Besetzungsverfahren werden mit sofortiger Wirkung gestoppt.

3. Verzicht auf die Nachbesetzung freiwerdender Stellen

Begründung:

Gemäß Auskunft des Magistrats werden im Laufe des kommenden Jahres 145 Personen im Rahmen der Altersfluktuation aus ihrem Beschäftigungsverhältnis mit der Landeshauptstadt Wiesbaden ausscheiden. Bei durchschnittlichen Kosten pro Vollzeitstelle von 70.000 Euro (ohne Arbeitsplatzkosten, u.a.) dürfte der Verzicht auf die Nachbesetzung der Stellen erlauben, mehr als 5 Mio. Euro an Personalmitteln im Haushalt 2026 einzusparen.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

die im Jahre 2026 durch Altersfluktuation freiwerdenden Stellen werden nicht nachbesetzt.

4. Streichung von zwei IM-Positionen aus dem Planansatz

Begründung:

Die mit den IM-Positionen „Vorz. Deckung Ankauf Rheingau-Palais im Fonds ABP“ und „Allgemeine Zuführung für Fonds ABP“ verbundenen Projekte wurden mit dem Beschluss 0287 genehmigt, sind jedoch ebenfalls im Kämmererentwurf enthalten.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

die in der Sitzungsvorlage 25-V-03-0010 in den Erläuterungen aufgeführten IM-Positionen „Vorz. Deckung Ankauf Rheingau-Palais im Fonds ABP“ und „Allgemeine Zuführung für Fonds ABP“ aus dem Planansatz zu streichen und die Mittel zur Reduzierung der Kreditaufnahme einzusetzen.

5. Pauschale Kürzung der Aufwendungen im Haushalt

Begründung:

Der vorgelegte Haushaltsentwurf 2026 schließt im Ergebnishaushalt mit einem Defizit i.H.v. von - 8.932.612 Euro ab. Für den Finanzhaushalt ist eine Nettoneuverschuldung von 104 Mio. Euro geplant. Hinzukommen in den „Anmeldungen über das Grundbudget“ **auch in diesem Jahr** wieder unabewisbare Bedarfe in zweistelliger Millionenhöhe. Ungeachtet des nachweislichen Konsolidierungsbedarfs ist das Grundbudget mangels hinreichender Aufbereitung mit Ausnahme kleiner Teilbereiche den Haushaltsberatungen **nach wie vor** weitgehend entzogen. Um Ergebnisverbesserungspotenziale zu heben, bleibt der Stadtverordnetenversammlung daher nur auf die Ausbringung globaler Minderaufwendungen zurückzugreifen.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

für den Haushalt 2026 werden **zusätzliche** globale Minderaufwendungen i.H.v. 37.234.011 Euro, bzw. 2 % des Gesamtbetrags der ordentlichen Aufwendungen laut Kämmererentwurf eingeplant.

6. Reduzierung der Zuschüsse an die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

Begründung:

Die Zuschüsse an ESWE Verkehr sind in der Vergangenheit stetig gestiegen. Durch Effizienzsteigerungen im Betriebsablauf und eine Anpassung der Tarifregelungen soll künftig eine höhere Kostendeckung erreicht werden. Die Gestaltung der Tarife muss die individuelle finanzielle Leistungsfähigkeit der Nutzer berücksichtigen, andernfalls ist eine auskömmliche Finanzierung des ÖPNV unmöglich.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

der Zuschuss an die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH wird um 10 Mio. Euro reduziert.

7. Materieller Haushaltausgleich und Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts

Begründung:

Laut Plan wird der Zahlungsmittelüberschuss aus Verwaltungstätigkeit mit 1,4 Mio. Euro nicht ansatzweise genügen um den Tilgungspflichten der Stadt in Höhe von 29,9 Mio. Euro nachzukommen. In der Folge verringert sich der Zahlungsmittelbestand im laufenden Jahr von 44,4 Mio. Euro auf 15,9 Mio. Euro. Somit fehlen Zahlungsmittel um die gemäß § 106 Abs. 1 HGO für das Jahr 2026 notwendige Liquiditätsreserve von 33,2 Mio. Euro zu stellen. Allein für das Jahr 2026 ist laut Kämmererentwurf eine Nettokreditaufnahme von 104 Mio. Euro geplant. Die Schulden der Landeshauptstadt steigen damit im Jahr 2026 auf 563 Mio. Euro. Auch der Zinsdienst erreicht mit 12,6 Mio. Euro in der Folge schwindelerregende Höhen. Die aufgezählten Versäumnisse als auch die Entwicklung der Verbindlichkeiten verdeutlichen die Notwendigkeit umgehend ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

dass für den Finanzhaushalt im Jahr 2026 ein Ausgleich ohne die Aufnahme zusätzlicher Kredite angestrebt wird. Der Magistrat möge der Stadtverordnetenversammlung und der Aufsichtsbehörde umgehend ein Haushaltsicherungskonzept mit geeigneten Konsolidierungsmaßnahmen vorlegen.

Beschluss Nr. 0396

Die Anträge werden abgelehnt.

(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen 22.10.2025 BP 0189)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2025

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat

Wiesbaden, .12.2025

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister